

Bildungssoli contra Soli Ost?

Von Dr. Dagmar Enkelmann

Ja - gegen mehr Geld für Bildung ist überhaupt nichts einzuwenden. PISA und andere Studien haben offenbart, dass die Bildungsausgaben in Deutschland deutlich unter dem Schnitt der EU-Staaten liegen. Laut der jüngsten OECD-Studie gab die Bundesrepublik 2005 nur 5,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung aus, 1 Prozent unter dem Schnitt der OECD. Auch in meinem Bundesland Brandenburg sank der Anteil der Bildungsausgaben kontinuierlich, bis man z.B. bei Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende und für Berufsschulen im hinteren Drittel im Vergleich der Bundesländer landete.

Nun ist – von den Grünen erneut in die öffentliche Debatte gebracht – ein Bildungssoli im Gespräch – und zwar anstelle des Solidaritätszuschlags Ost. Grünen-Fraktionsvorsitzende Künast stellt fest, dass der Aufbau Ost „im Wesentlichen gelungen“ sei. Welche Unkenntnis der tatsächlichen Situation in den neuen Bundesländern, welche Ignoranz gegenüber dem Fakt, dass es bis heute dort keinen selbsttragenden Aufschwung gibt, eine nahezu doppelt so hohe Arbeitslosigkeit als in den alten Ländern, wesentlich geringere Ausgaben für Forschung und Entwicklung, niedrigere Einkommen usw. usf. Auf dem Weg zu einer wirklichen Einheit ist noch viel zu tun.

Und blickt man auf das aktuelle Verhältnis der Einnahmen und Ausgaben beim Solizuschlag, lässt das alle Alarmglocken schlagen. Über 2 Milliarden Euro verschwinden gegenwärtig schon im allgemeinen Haushalt von Steinbrück, ohne zweckgebunden in die neuen Bundesländer zu fließen. Dabei werden diese Mittel dort dringend benötigt.

Nein, für DIE LINKE ist ein „Geschäft“ – tausche Soli gegen Bildung – nicht zu akzeptieren. Für mehr Bildungsausgaben und mehr Gerechtigkeit beim Zugang zu Bildung steht die öffentliche Hand in Verantwortung. Dazu gehört, dass auch der Bund in seinem Haushalt transparent und erkennbar mehr für Bildung ausgibt. Stattdessen wird jedoch der Wehretat um 5 Prozent aufgestockt und soll 2009 mehr als 31 Mrd. Euro umfassen.

Bildungsfinanzierung muss zu einer Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern werden. Wir fordern einen Nationalen Bildungspakt, der festlegt, dass die Ausgaben für Bildung mindestens auf 7 Prozent des BIP angehoben werden. Dabei geht es der LINKEN nicht einfach nur um mehr Geld. Ein Bildungspakt bedeutet, die bildungspolitische Kleinstaaterei in der Bundesrepublik zu beenden. Ob in Kindergarten, Vorschule, Schule, auf den Hochschulen oder Unis, ob bei Berufs- oder Weiterbildung – die LINKE will überall Qualität, Vergleichbarkeit und eine Chancengleichheit, die damit Schluss macht, dass in der Bundesrepublik Bildung vor allem davon abhängt, wie groß der Geldbeutel der Eltern ist.